

Monatsspiegel

Oktober 2004



SPD

Erlangen

ZUWANDERUNGS*verhinderungs*GESETZ

Ein Rückschritt in der Einwanderungs- und Integrationspolitik

(von Dieter Rosner)

Hartz und die Folgen stehen derzeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Es ist fast schon wieder in Vergessenheit geraten, dass Bundestag und Bundesrat Anfang Juli 2004 das Zuwanderungsgesetz beschlossen haben. Auch dieses Gesetz tritt am 1.1.2005 in Kraft und birgt für die Betroffenen wenig Ermutigendes.

Nach einer mehr als dreijährigen(!) parlamentarischen Auseinandersetzung über das Zuwanderungsgesetz wurde der ursprünglich vorhandene, breite gesellschaftliche Konsens von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und vielen anderen Gruppierungen, die sich für eine moderne Einwanderungspolitik stark gemacht haben, von politischer Seite massiv unterlaufen.

Die unsägliche Geschichte

Die Anschläge vom 11. September 2001, sowie die wirtschaftliche Schwä-

che Deutschlands haben sicher negative Auswirkungen auf die ohnehin schwierigen Durchsetzungsmöglichkeiten eines Paradigmenwechsels in der Ausländerpolitik gehabt. Diese politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass das von Bundesinnenminister Schily im April 2001 eingebrachte Gesetz kaum noch etwas mit dem von der unabhängigen Kommission Zuwanderung (Süssmuth) geforderten Perspektivenwechsel zu tun hatte. Wieder einmal, wie so oft in der Einwanderungsdebatte, siegten parteitaktische Überlegungen. Was folgte, war ein bisher wohl beispielloser permanenter Nachverhandlungsprozess zum Schlechteren, gekrönt vom Abstimmungs- und Empörungszirkus im Bundesrat, in dessen Folge das Verfassungsgericht aus formalen Gründen das Gesetz zum Scheitern brachte.

Diese Entwicklung macht eines deutlich: Es grenzt an politischer Dummheit und rechnet sich nicht, in voraus-eilender Erwartung eines Kompromis-

Aufruf zur Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch in Erlangen am 2. Oktober - näheres Seite 2 und Rückseite

ses mit der CDU/CSU, dieser mit ihren Positionen entgegen zu kommen.

Die Konsequenz ist nun die Umkehrung fast aller mit dem Zuwanderungsgesetz ursprünglich verfolgten Werte.

Das jetzt beschlossene „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ ist – wie Heribert Prantl es in der Süddeutschen Zeitung bezeichnet hat – ein fadenscheiniges Gesetz geworden. Dass es von Regie-

Fortsetzung auf Seite 3

Oktober

2	14.00		Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch	S. 2
9	9.00	Turnerbund	SPD- Fraktion Haushaltsseminar	S. 2
9	13.35	Post	KV Erlangen-Höchststadt Weinfahrt	S. 17
11	20.00	Gasthaus Orpheus, Luitpoldstr. 25	Kreisvorstand	
12	20.00	FSV	Distrikt Bruck	S.15
12	20.00	AWO, Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaurach	S. 15
12	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 16
13	18.00	Mohrenkopf	AK Gesundheit	S. 17
13	20.00	Mohrenkopf	AK Wirtschaft- und Sozialpolitik	S. 17
13	20.00	Kulisse	Soz. Liberaler Kreis	S. 20
14	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S. 16
15	20.00	Dreycedern	Veranstaltung: Das neue Zuwanderungsgesetz	S. 6
19	20.00	Schützenheim	Distrikt Eltersdorf	S.15
19	20.00	Mohrenkopf	Distrikt Innenstadt	S. 16
19	20.00	Zur Einkehr	Distrikt West	S. 17
21	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	S. 4
28	17.00	August-Bebel-Haus	60 Plus	S. 5

Aufruf zur Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch in Erlangen am 2. Oktober

Liebe Genossinnen und Genossen,
 der bayerische Landesverband der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) hat für den 2. Oktober einen Aufmarsch in Erlangen unter dem Motto „Quittung für Hartz

IV - Sozialabbau stoppen - Nationale Solidarität durchsetzen!“ angekündigt. Der Anmelder der Demonstration Ralf Ollert, Stadtrat der BÜRGER-INITIATIVE AUSLÄNDERSTOPP in Nürnberg und Landesvorsitzender der bayerischen NPD, rechnet mit 200 TeilnehmerInnen. Neben Ollert sollen als Redner Roland Wuttke aus Augsburg, ehemals führender Aktivist des Ende 2003 offiziell aufgelösten Münchner Vereins DEMOKRATIE DIREKT e.V. und

der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt auftreten.

Wir sagen: Kein Platz für Nazis!!

Kommt alle zur Demo am Samstag 2.Oktober

Den genauen Ort und die Zeit für die Hauptkundgebung (vorauss. 14.00 Uhr) entnimmt bitte der Tagespresse.

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.:09131303090
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

750 Stück

rung und Opposition gleichermaßen als historischer Erfolg gefeiert wird, ist nur schwer nachvollziehbar.

Was ist das Positive?:

Die Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung werden künftig als Flüchtlinge erkannt. Das ist gut so. Aber: Hier mussten EU-Richtlinien in nationales Recht überführt werden.

Die Zahl der Aufenthaltstitel reduziert sich künftig auf zwei. Statt der Aufenthaltsbefugnis, der Aufenthaltsbewilligung, der befristeten und der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und der Aufenthaltsberechtigung sind nur noch **zwei Aufenthaltstitel** vorgesehen: eine (befristete) **Aufenthaltserlaubnis** und eine (unbefristete) **Niederlassungserlaubnis**. Das neue Aufenthaltsrecht orientiert sich nicht mehr an Aufenthaltstiteln, sondern an den Aufenthaltszwecken (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Familiennachzug, Humanitäre Gründe). Die Absicht ist gut. Aber: Mit der Einführung der Zweckbindung entstehen neue für die einzelnen Gruppen unterschiedliche Regelungen, die in ihrer Wirkung unterschiedlichen Aufenthaltstiteln gleich kommen.

Etikettenschwindel

Ursprünglich sollte ein offenes Klima im Umgang mit MigrantInnen Einzug halten in Deutschland; doch die neuen Paragraphen formulieren das Gegenteil.

Der „neue“ Geist ist der Geist des alten Gesetzes, nur hochprozentiger. Das neue Paragraphenwerk ist im relevanten Teil ein **Ausländersicherheitsgesetz** geworden.

Praktisch und praktikabel und übersichtlich sollte das neue Recht werden. Doch der alte Irrgarten wurde neu angelegt. Rechtssicherheit sollte das Gesetz den MigrantInnen in Deutschland geben und so die Integration fördern. Doch selbst die neuen Integrationsvorschriften fördern die Unsicherheit der Neubürger: Sie drohen mit Sanktionen bis hin zum Entzug des Aufenthaltsstatus allen, die einen Integrationskurs nicht ordentlich absolviert haben.

Zuwanderung wird auch künftig kaum ermöglicht, es sei denn, man bringt als Unternehmer die erste Million mit und

schafft zehn neue Arbeitsplätze oder findet als Studienabsolvent zeitnah einen Arbeitsplatz. Eine aus demographischen und ökonomischen Gründen wünschenswerte Einwanderungsmöglichkeit wird nicht eröffnet.

Kritikpunkte

Die Praxis der Kettenduldungen wird nicht abgeschafft. Die Voraussetzungen, um zu einem rechtmäßigen Aufenthalt zu kommen, werden im Vergleich zum geltenden Ausländerrecht teilweise sogar verschärft werden.

Die im Gesetz vorgesehene Härtefallregelung stellt den Bundesländern die Anwendung weitgehend frei. Was das für Bayern heißt, dürfte allen klar sein.

Das Gesetz enthält keine Altfallregelung. Im Unterschied zu anderen europäischen Staaten, die umfassende Novellierungen ihres Ausländerrechts mit Bleiberechts- und Legalisierungsregelungen verbunden haben, verpasst das angeblich modernste Zuwanderungsrecht Europas die Chance, einen Schlusstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.

Verschärfungen im Ausweisungsrecht und die Einführung von Sanktionsregelungen im Integrationsbereich verschärfen den repressiven Charakter des Gesetzes.

Mit der Einführung so genannter Ausreisezentren im neuen Gesetz wird sich ein makabrer Effekt ergeben: Mehr Menschen als je zuvor werden in haftähnlichen Lebensumständen leben – oder gar in Haft.

In den letzten Verhandlungsrunden wurden auf fatale Weise Zuwanderungs- und Sicherheitsfragen vermengt. Ohne dass die Wirksamkeit der ersten beiden Antiterrorgesetzpakete überprüft worden wäre, setzt ein neuer Aktionismus der Gesetzesverschärfung ein. Bereits die jetzt verfügbaren Instrumentarien schneiden schwer in das rechtsstaatliche Gefüge ein.

Fazit

Ein Zuwanderungsgesetz, das die bisherige auf Abwehr ausgerichtete Politik gegenüber ausländischen Staatsangehörigen beibehält, das den Anwerbestopp nicht aufhebt, den Flüchtlingsschutz und die Möglichkeiten der Familienzusammenführung weiter einschränkt sowie die Integration nur als

Verpflichtung für die Migrantinnen und Migranten sieht, belastet das Zusammenleben in Deutschland und führt zu einer weiteren Ausgrenzung und Abgrenzung.

Um noch einmal Heribert Prantl zu zitieren: „Sicherheit, Schutz vor terroristischen Gewalttaten, ist wichtig. Das Zuwanderungs- und Integrationsgesetz auch. Die Vermischung von beidem ist eine Katastrophe. Über Zuwanderer wird geredet wie über potenzielle Terroristen. Das ist kein Beitrag zur inneren Sicherheit, sondern zur inneren Unsicherheit“.

Gerade weil die Enttäuschung und die Verunsicherung bei den Betroffenen und ihren Organisationen groß ist und die Gefahr eines weiteren Vertrauensverlustes in die demokratischen Entscheidungsabläufe besteht, müssen wir als Erlanger SPD hier klar Position beziehen und den Betroffenen zur Seite stehen!

Notwendig ist eine Einwanderungs- und Integrationspolitik und –gesetzgebung, die die Kompetenzen der Eingewanderten in den Vordergrund stellt und politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten eröffnet. Diese wird auch die Akzeptanz von Zuwanderung und die Integration der Zugewanderten fördern.

Nutzen wir den Oktober, als Interkulturellen Monat in Erlangen, um dies klar zu verdeutlichen!

D. Rosner

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
Veranstaltungen des Kreisverb.	5
Satzungsänderung	6
Veranstaltg.: Die Reformlüge	8
Antrag: Für eine friedliche ...	9
Bericht aus Nicaragua	12
Aus den Distrikten	15
Aus den Arbeitskreisen	17
Leserbrief	18
TDS im Herbst	20
Geburtstage	21
Rathaustelegamm	22

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere nächste Kreismitgliederversammlung findet statt am

**Donnerstag, den 21. Oktober 2004,
20.00 Uhr,
Turnerbund, Spardorfer Str. 79**

Wir schlagen Euch als Tagesordnung vor:

1. Aktuelles
2. **Änderung der Satzung** (siehe Monatsspiegel August/September und Seite 6)
3. Anträge (siehe Seite 10)
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

SPD-Mannschaft beim Zuwanderungscup

Eine Mannschaft der Erlanger SPD beteiligte sich am Zuwanderungs-Cup, der am 12. Juni im Vorfeld der Europawahlen auf Einladung der Grünen ausgetragen wurde.

Beachtliche Bilanz: Zwei mal verloren (gegen Quasi-Vereinsmannschaften) und zwei mal gewonnen – gegen eine Auswahl der GeWobau und gegen die Mannschaft der FDP (Jauchz). Das

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe November 2004
20. 10. 2004**



Fahrt nach **ISTANBUL/BESIKTAS 2005**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Erlangen hat eine neue Partnerstadt, und es wird Zeit für uns, diese neu entstehenden freundschaftlichen Beziehungen auch von unserer Seite mit Leben zu erfüllen.

Deshalb schlagen wir Euch vor, wieder einmal an einer SPD-Reise teilzunehmen, die diesmal – nach Eskilstuna und Rennes – unsere türkische Partnerstadt zum Ziel hat. Ganz kurz einige Stichworte zu unserem Vorhaben:

Zeit: Samstag, 21.05. bzw. Sonntag, 22.05. – Samstag, 28.05. bzw. Sonntag, 29.05.2005 (= zweite Woche der Pfingstferien 2005)

Preis pro Person: ca. 650,- EUR für Flug ab Nürnberg, Übernachtung/Frühstück (DZ) in einem ****-Hotel (EZ-Zuschlag ca. 150,- EUR), Bustransfer und türkische Reiseleitung für fünf Tage

Reisegruppe: 20 – 25 Personen

Geplantes Programm: Kennenlernen unserer neuen Partnerstadt, Fachgespräche und Exkursionen zu den Themen:

- ⇒ kommunale Entwicklung,
- ⇒ EU-Beitritt der Türkei.
- ⇒ Islam – Gesellschaft – Politik

Da wir wegen eines gleichzeitig in Istanbul stattfindenden Kongresses

schon im Spätherbst verbindlich die Buchungen vornehmen müssen, bitten wir alle ernsthaft interessierten Genossinnen und Genossen um eine **balddige schriftliche** (noch unverbindliche, aber ernst gemeinte) **Voranmeldung bis spätestens 21. Oktober 2004** an eine der untenstehenden Anschriften, um zügig dann die konkreten Reisevorbereitungen starten zu können.

Wir würden uns freuen, wenn dieses Reiseangebot Euer Interesse finden könnte.

Zafer Titiz

Wolfgang Vogel

Anmeldungen bitte nur schriftlich an Wolfgang Vogel, Turnstraße 1a, 91054 Erlangen oder per Fax (09131/816419) oder per mail (wolfgang.vogel-mdl@fen-net.de).

Veranstaltung der SPD Erlangen im Rahmen des Interkulturellen Monats

Das neue Zuwanderungsgesetz - ein Etikettenschwindel?

Freitag, 15. Oktober 2004

20.00 Uhr

Dreycedern, Altstädter Kirchenplatz 6

An diesem Abend sollen die wichtigsten Veränderungen, die sich durch das neue Zuwanderungsgesetz zum Jahr 2005 ergeben, vorgestellt und kritisch durchleuchtet werden. Auf dem Podium diskutieren neben **Wolfgang Vogel**, SPD-Landtagsabgeordneter aus Erlangen und weitere ExpertInnen zum Thema.

Dabei sollen auch kritische Fragen zur Sprache kommen:

Ist der neue Geist des Gesetzes der alte, nur hochprozentiger? Bringt das neue Zuwanderungsgesetz die Umkehrung fast aller mit diesem Gesetz ursprünglich verfolgten Werte? Warum ist das neue Paragrafenwerk im relevanten Teil ein Ausländersicherheitsgesetz?

Samstag, 9.10. von 9-16 Uhr in der Gaststätte Turnerbund.

Haushaltsseminar der Fraktion.

Interessierte Genossinnen und Genossen sind hierzu herzlich willkommen.

Florian Pronold (MdB und stellvert. Landesvorsitzender) bestreitet am **18.11. eine Abendveranstaltung in Hemhofen**, wird aber schon um 16.00 Uhr da sein und ein noch nicht näher bekanntes Vorprogramm absolvieren.

Bitte den Termin vormerken.

Die **Arbeitsgemeinschaft 60Plus**

trifft sich am

28.10. um 17 Uhr im August-Bebel-Haus

und diskutiert über das neue Grundgesetzprogramm

Satzungsänderung

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei den im letzten Monatsspiegel veröffentlichten Satzungsänderungen hat sich an drei Stellen der Fehlerteufel eingeschlichen:

1. Bei den beratenden Mitgliedern des Kreisvorstandes gehören die AltoberbürgermeisterInnen dem Kreisvorstand natürlich nur dann an, wenn sie auch Mitglieder der SPD sind; diese Klarstellung fehlte, sie muss daher §10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 8e) (im August-Monatsspiegel die Zeilennr. 68 auf Seite 6) ergänzt werden

2. Die Vorschrift für die Beschlussfähigkeit des Kreisvorstandes (§10 Abs. 6 Satz 2, im August-MS Zeilennr. 95 auf Seite 7) hatte einen falschen Bezug; dort war im August-Monatsspiegel eine Nr. 9a genannt, die es durch eine Neuenummerierung nicht mehr gibt; an dieser Stelle muss es heißen: „Er [der Kreisvorstand] ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder nach Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1 bis 8a) anwesend sind.“

3. Im kompletten Text fehlte der Hinweis, dass es Aufgabe des Kreisvorsitzenden ist, den Kreisverband nach außen zu vertreten; dies ist nun in §10

Abs. 4 als neuer Satz 1 eingefügt, wodurch sich in der Folge noch eine Bezugsstelle ändert.

Wegen dieser Änderungen findet ihr unten den §10 noch einmal in der Form abgedruckt, wie er korrekt lauten muss. Für die Fehler bitte ich euch um Entschuldigung.

Philipp Dees

22 **2. Zusammensetzung und Aufgaben des KV und des GKV:**

23 §10 erhält folgende Fassung:

24 §10 Aufgaben und Zusammensetzung des Kreisvorstands

25 I. Der Kreisvorstand ist zuständig für die politische Leitung und Vertretung des Kreisverbandes. Er ist
26 insbesondere zuständig:

27 1. für die Entgegennahme von Berichten aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften, aus der
28 Stadtratsfraktion, von Vertreterinnen und Vertretern in Gremien der Partei oder in Initiativen und Vereinen
29 sowie aus den im Kreisverband bestehenden Arbeitskreisen;

30 2. für die Entgegennahme der Tätigkeitsberichte der ReferentInnen sowie für die Beschlussfassung über
31 die Arbeitsplanung des Kreisverbandes;

32 3. für die Benennung von Vertreterinnen und Vertretern der Partei in Bündnissen, Initiativen und
33 außerparteilichen Gremien, sofern dies nicht der Kreismitgliederversammlung zusteht;

34 4. für die Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Partei und alle finanziellen Fragen, soweit
35 hierzu nicht durch Beschluss der oder die Vorsitzende oder der geschäftsführenden Vorstand ermächtigt
36 werden;

37 5. für die Einleitung von Parteiordnungsverfahren und für die erstinstanzliche Entscheidungen über
38 Wahlanfechtungen in den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften des Kreisverbands;

39 6. für die Einstellung und Entlassung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers des
40 Kreisverbandes.

41 Der Kreisvorstand kann Entscheidungen, die nach dieser Satzung der Kreismitgliederversammlung zustehen, in
42 deren Namen vornehmen, wenn aufgrund von Fristen eine Beschlussfassung der Kreismitgliederversammlung
43 nicht mehr möglich ist und auch eine vorherige Befassung mit dem Thema durch die
44 Kreismitgliederversammlung nicht stattgefunden hat oder sich seitdem wesentliche Dinge verändert haben. Der
45 Kreismitgliederversammlung ist von einer solchen Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

46 II. Der Kreisvorstand wird von der Kreismitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt. Ihm gehören an:

47 1. der oder die Vorsitzende;

48 2. die beiden stellvertretenden Vorsitzenden;

49 3. je eine Referentin oder ein Referent

50 a) für Distriktsarbeit

51 b) für ArbeitnehmerInnenfragen

52 c) für Schulung und Arbeitskreise

53 d) für den Monatsspiegel

- 54 e) für Kommunalpolitik
 55 f) für Organisation
 56 g) für Schriftführung, Dokumentation und Beschlusskontrolle
 57 h) für Öffentlichkeitsarbeit
 58 i) für Finanzen;
 59 4. der oder die Beauftragte für die Belange ausländischer Mitglieder und AusländerInnenpolitik;
 60 5. der oder die Beauftragte für Friedensarbeit;
 61 6. je eine Vertreterin und ein Vertreter jedes Distrikts;
 62 7. zwei Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und je eine Vertreterin und
 63 ein Vertreter aller anderen im Kreisverband gebildeten Arbeitsgemeinschaften;
 64 8. kraft Amtes
 65 a) die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer des Kreisverbandes
 66 b) der oder die Ehrenvorsitzende
 67 c) die oder der Vorsitzende der Stadtratsfraktion
 68 d) der Altoberbürgermeister und Altoberbürgermeisterin der Stadt Erlangen, soweit sie der SPD
 angehören
 69 e) der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin sowie Bürgermeisterinnen und
 70 Bürgermeister der Stadt Erlangen, soweit sie der SPD angehören
 71 f) der oder die Bundestags-, der oder die Landtags- und der oder die
 72 Bezirkstagsabgeordneten für den Wahl- bzw. Stimmkreis Erlangen, soweit sie der SPD angehören
 73 und Mitglieder des SPD-Kreisverbands Erlangen-Stadt sind; SPD-Abgeordnete für den Wahl- bzw.
 74 Stimmkreis Erlangen, die nicht dem Kreisverband angehören, nehmen an den Sitzungen des
 75 Kreisvorstandes mit beratender Stimme teil.

75 An den Sitzungen des Kreisvorstandes nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin jedes im Kreisverband seit
 76 mehr als drei Monaten bestehenden Arbeitskreises mit beratender Stimme teil; die VertreterIn wird auf
 77 Vorschlag des jeweiligen Arbeitskreises benannt. Für das Amt der Referentin/des Referenten für Organisation
 78 (Satz 2 Nr. 3f) können auf Beschluss der Kreismitgliederversammlung auch zwei Personen gewählt werden.
 79 Die Ämter des Referenten/der Referentin für Schriftführung, Dokumentation und Beschlusskontrolle (Satz 2 Nr.
 80 3g) und des Referenten/der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit (Satz 2 Nr. 3h) können auch mit der gleichen
 81 Person besetzt werden. Für die Mitglieder nach Satz 2 Nrn. 6 und 7 haben die jeweiligen Gliederungen das
 82 alleinige Vorschlagsrecht. Der oder die Beauftragte für die Belange ausländischer Mitglieder sollte nach
 83 Möglichkeit ein ausländischer Genosse/eine ausländische Genossin sein. Scheidet ein Vorstandsmitglied
 84 vorzeitig aus, so findet eine Nachwahl statt. Die Amtszeit des nachgewählten Mitglieds endet mit dem Ende
 85 der Amtszeit der anderen Vorstandsmitglieder.

86 III. Unter den Vorsitzenden nach Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1 und 2 muss mindestens eine, unter den Mitgliedern nach
 87 Abs. 2 Satz 2 Nrn. 2 mit 5 müssen mindestens sechs Frauen sein. Dem gesamten Vorstand müssen zu
 88 mindestens 40% Frauen angehören.

89 IV. Der oder die Vorsitzende vertritt den Kreisverband nach außen. Er bzw. sie wird bei Verhinderung durch
 90 seine/ihre Stellvertreterin oder durch seinen/ihren Stellvertreter vertreten.

91 V. Der Kreisvorstand tritt in Zeitabständen von längstens 2 Monaten zusammen. Die Termine beschließt der
 92 geschäftsführende Vorstand. Auf Antrag von mindestens 10 Vorstandsmitgliedern oder 3 Distrikten und
 93 Arbeitsgemeinschaften ist eine außerordentliche Sitzung des Kreisvorstandes einzuberufen.

94 VI. Der Kreisvorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Er ist beschlussfähig,
 95 wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder nach Abs. 2 Satz 2 Nrn. 1 bis 8a) anwesend sind. Die Ladung
 96 zu Sitzungen muss den Mitgliedern mindestens drei Werktage vorher zugestellt worden sein; dies kann auch
 97 in elektronischer Form geschehen.

98 VII. Die Referentinnen und Referenten arbeiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit und der Vorgaben des
 99 Kreisvorstands selbstständig. Über die Abgrenzung der Zuständigkeit entscheidet im Streitfall der Kreisvorstand.
 100 Die Referentinnen und Referenten erstatten über ihre Tätigkeit regelmäßig dem Kreisvorstand sowie einmal
 101 jährlich über den Monatsspiegel den Mitgliedern Bericht.

- 102 VIII. Der Kreisvorstand kann für Einzelfragen Kommissionen oder Vorstandsbeauftragte einsetzen.
- 103 IX. An den Sitzungen des Kreisvorstandes können grundsätzlich alle Mitglieder des Kreisverbandes sowie der
104 SPD- Stadtratsfraktion (Parteiöffentlichkeit) teilnehmen. Der Kreisvorstand kann die Teilnahme durch Beschluss
105 von 2/3 seiner anwesenden Mitglieder auf die ordentlichen und beratenden Mitglieder beschränken. Er muss
106 dies tun bei Beratungen über das Arbeitsverhältnis des oder der GeschäftsführerIn oder bei Einleitung von
107 Parteiordnungsverfahren.
- 108 X. Zur Verleihung der August-Bebel-Uhr wird durch Beschluss des Kreisvorstands ein Kuratorium gebildet,
109 dem der oder die Vorsitzende, die Mitglieder des Kreisvorstandes nach Abs. 2 Satz 2 Nummern 8b) mit 8f) und
110 je eine Vertreterin und ein Vertreter der im Kreisverband bestehenden Arbeitsgemeinschaften angehören. Zur
111 Sicherstellung der Quotierung kann der Kreisvorstand weitere Mitglieder in das Kuratorium berufen. Im
112 Oktober jeden Jahres mit gerader Jahreszahl gibt das Kuratorium seine Entscheidung zur Verleihung der
113 August-Bebel-Uhr bekannt. Der Kreisvorstand kann diese Entscheidung mit Mehrheit von zwei Dritteln seiner
114 Mitglieder aufheben.

Vorankündigung:

Erlanger Gespräche: Politik und Verantwortung

Albrecht Müller

Die Reformlüge

Über Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren

Freitag, 5. November 20.00 Uhr

Haus des Handwerks

Friedrich-List-Straße

(Eingang vom Parkplatz hinter dem Haus)

**Albrecht Müller, 1973 bis 1982
Planungschef im Kanzleramt,
analysiert die gegenwärtige Re-
formdebatte.**

Sein gleichnamiges Buch „Die Reformlüge“ ist bei Droemer in München erschienen.

416 Seiten. 19.90 EURO

Zum Inhalt und Charakter des Buches:

Das Buch widerspricht der Hauptthese der öffentlichen Debatte um Reformen und der immer wieder verbreiteten Hoffnung, mit der Auflösung des sogenannten Reformstaus und mit Strukturreformen könne die wirtschaftliche Belebung und der wirtschaftliche Wiederaufstieg unseres Landes erreicht werden. Der Autor hält dies für eine fixe Idee, der die Mehrheit unserer Eliten

und der Mainstream der Meinungsführer in Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft inzwischen verfallen sind. Es wird gezeigt, dass hinter diesem gelungenen Brainwashing einzelne Interessen stecken, dass die Durchsetzung dieser Interessen aber nur möglich war und ist, weil wir insgesamt einer Fülle von Denkfehlern, Mythen und Legenden aufsitzen.

Im Kern des Buches werden 40 dieser Denkfehler, Mythen und Legenden analysiert. Sie bestimmen den Alltag unserer öffentlichen Debatte.

Anders als die vielen Bücher, die in den letzten Monaten zum gleichen Thema erschienen sind¹, ist dieses Buch nicht auf dramatisierende Schwarzmalerei angewiesen. Es ist konstruktiv und optimistisch. Es widerlegt zum Beispiel die Untergangsvorstellungen zur demogra-

phischen Entwicklung, zu den Wachstumschancen, zur mangelnden Wettbewerbsfähigkeit, zur angeblichen Erosion des Normalarbeitsverhältnisses u.a.m und beschreibt die Sozialstaatlichkeit als eine moderne und erhaltenswerte Regel unseres Zusammenlebens.

Der rote Faden:

»Und wenn alle anderen die von der Partei verbreitete Lüge glaubten – wenn alle Aufzeichnungen gleich lauteten –, dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit.« George Orwell, 1984

Der Spruch zum Buch:

»Wäre es nicht an der Zeit, nach fünfzig erfolgreichen Jahren Bundesrepublik die Strukturen neu zu entwerfen?«

Josef Ackermann, Vorstandssprecher der Deutschen Bank

Die Liste der 40 analysierten Denkfehler, Mythen und Legenden

A. Vier Mythen, die neuen Herausforderungen betreffend

1. »Alles ist neu.«
2. »Die Globalisierung ist ein neues Phänomen.«
3. »Wir brauchen die permanente Reform.«
4. »Wir leben in einer Wissensgesellschaft! Wir leben in einer Dienstleistungsgesellschaft!«

B. Drei Mythen, die demographische Frage betreffend

5. »Wir werden immer weniger!«
6. »Wir werden immer älter. Der Generationenvertrag trägt nicht mehr.«
7. »Jetzt hilft nur noch private Vorsorge.«

C. Zwölf Mythen, die Themen Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung betreffend

8. »Wachstum bringt es nicht.«
9. »Die Produktivität ist zu hoch.«
10. »Die Zeiten, als man aus dem Vollen schöpfen konnte, sind vorbei.«
11. Wir leben über unsere Verhältnisse.«

12. »Ganze Branchen brechen weg.«
13. »Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig.«
14. »Wachstum ist auch ökologisch nicht vertretbar.«
15. »Konjunkturprogramme sind Strohfeuer.«
16. »Wir sind national nicht mehr handlungsfähig.«
17. »Wir leben vom Export.«
18. »Inflation ist unsozial.«
19. »Steigende Aktienkurse sind gut.«

D. Zehn Mythen, die Löhne und den Arbeitsmarkt betreffend

20. »Wir können nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben.«
21. »Arbeit muss billiger werden!«
22. »Die Lohnnebenkosten sind zu hoch.«
23. »Die Beiträge für die Rentenversicherung dürfen nicht über 20 Prozent steigen.«
24. »Der Arbeitsmarkt ist zu unflexibel.«
25. »Wir müssen länger arbeiten.«
26. »Wir sind ein Gewerkschaftsstaat.«
27. »Das Normalarbeitsverhältnis – ein Auslaufmodell.«
28. »Wir brauchen mehr Selbständige.«
29. »Wir brauchen wieder eine Elite.«

E. Elf Mythen, den Komplex Schulden, Staatsquote und Sozialstaat betreffend

30. »Wir sind überschuldet.«
31. »Wer spart, baut Schulden ab.«
32. »Mehr Eigenverantwortung, weniger Sozialstaat.«
33. »Sozial ist, was Arbeit schafft.«
34. »Leistung muss sich wieder lohnen.«
35. »Steuersenkungen schaffen Investitionen und Arbeitsplätze.«
36. »Der Staat ist zu fett geworden.«
37. »Deregulierung und Privatisierung sind angesagt.«
38. »Subventionen sind unsozial.«
39. »Wir setzen auf die Zivilgesellschaft.«
40. »Die Kosten der deutschen Einheit – ausgeblendet!«

Albrecht Müller: *„Ich will nicht die Indoktrination der einen Seite durch eine andere ersetzen. Ich will dazu ermuntern, sich selbst ein Bild zu machen und hinter die Kulissen der Meinungsbildung zu schauen. Die Reformer haben ein Handicap. Um den angeblichen Reformstau als glaubwürdig erscheinen zu lassen, müssen sie unser Land in schwarzen Farben malen, und sie tun das mittels einer Fülle von dramatisierenden Veröffentlichungen. Der Sinn dieser Schwarzmalerei wird jedoch inzwischen von vielen Menschen hinterfragt“*

Für eine soziale und friedliche Verfassung für Europa

Antrag an die Kreismitgliederversammlung

Antragsteller: Andreas Richter, Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand

Der SPD-Kreisverband Erlangen begrüßt das Zustandekommen eines Entwurfs für eine Verfassung der Europäischen Union. Eine solche Verfassung bewirkt nicht nur erhöhte Transparenz durch das Zusammenfassen der einzelnen Verträge, sondern trägt vor allem auch der Tatsache Rechnung, dass die Europäische Union weitaus mehr ist als nur ein loser Verbund irgendwelcher Vertragsparteien. Sie steht vielmehr für ein geeintes Europa, das ein Zusammenleben der

Menschen in Frieden und Freiheit auf Dauer gewährleisten soll.

Entwurf: Grundsätze festgeschrieben, Verbesserungen erreicht

Der Verfassungsentwurf hält viele wichtige Ziele und Grundsätze fest und bringt im Vergleich zu den bisherigen Verträgen auch eine Reihe von Fortschritten und Verbesserungen. So steht am Anfang des Textes das Bekenntnis zu den Grundwerten Freiheit, Gleich-

heit, Gerechtigkeit und Solidarität (I.2). Es folgt das Ziel, Frieden, Freiheit und Wohlergehen zu fördern (I.3.1).

Festgehalten ist ebenfalls als Teil II die Charta der Grundrechte. Hier findet sich u.a. das Verbot der Todesstrafe, der Folter und erniedrigender Behandlung, das Recht auf Schutz der eigenen Daten, das Recht, unentgeltlich am Pflichtschulunterricht teilzunehmen, der Schutz vor Abschiebung in ein Land, in dem unmenschliche Behandlung droht, das Verbot der Diskrimi-

nierung aufgrund u.a. Geschlecht, Herkunft und sexueller Ausrichtung.

Beim Recht auf Gleichheit wird ausdrücklich erwähnt, dass dies nicht „spezifischer Vergünstigungen für das unterrepräsentierte Geschlecht“ (II.23) und somit Quotierungsregelungen entgegensteht. Weiterhin findet man das Streikrecht und die Sicherstellung eines hohen Niveaus an Gesundheitsschutz und Verbraucherschutz in der Politik der EU. Ein weiteres festgeschriebenes Recht ist der Zugang zu Dokumenten.

Ein deutlicher Fortschritt ist ebenfalls das stärkere Gewicht des Europäischen Parlaments und die damit einhergehende weitere Demokratisierung, wengleich die Europäische Union von einer wirklich demokratisch-parlamentarischen Ordnung noch weit entfernt ist.

Entwurf: Problematische Festschreibung der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Leider finden sich auch viele negativ zu beurteilende Stellen im Verfassungsentwurf. So bekennt sich der Entwurf zu einer „wettbewerbsfähige(n) soziale(n) Marktwirtschaft“ (I.3.3), die wohl etwas anderes als soziale Marktwirtschaft meint. Klarer steht dies noch in Art. III.69.1 mit der Festlegung eines „Grundsatz(es) einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“. Konkret wird dies dann durch die Forderung nach einem Binnenmarkt „mit freiem unverfälschten Wettbewerb“ (I.3.2), was im Widerspruch zu dem Ziel einer Regulierung des Marktes steht.

Letzte Zweifel an der Stossrichtung dieser Formulierungen räumt dann Art. III.69.2 aus: „Geld- und Wechselkurspolitik, die beide vorrangig das Ziel der Preisstabilität verfolgen und unbeschadet dieses Zieles die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb unterstützen sollen“.

Problematisch ist ebenfalls der Art. II.17.2 „Geistiges Eigentum wird geschützt.“ Dieser unterliegt nämlich keiner Einschränkung. Die bedeutet also, dass das TRIPS-Abkommen der WTO mit seinen verheerenden Folgen für

die Versorgung vieler Völker mit z.B. Saargut und Medikamenten durch die Verfassung geschützt ist.

Ein äußerst problematischer Punkt ist Art. III.44 „Die Mitgliedsländer formen ihre staatlichen Handelsmonopole derart um, dass jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedsstaaten ausgeschlossen ist“. Dies bedeutet Druck zur Privatisierung öffentlicher Einrichtungen.

Zwei ebenfalls negativ zu beurteilende Art. sind die folgenden: Art. III.55 verbietet Staaten die besondere Förderung öffentlicher Unternehmen: „Die Mitgliedsstaaten werden in Bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen sie besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine den Bestimmungen der Verfassung und insbesondere deren Art. I.4.2 (gegen die Diskriminierung von ausländischen Firmen) und den Art.n III.55 bis III.58 widersprechende Maßnahmen treffen oder beibehalten.“

Art. III.56 besagt, dass „Beihilfen der Mitgliedstaaten oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar“ sind.

Dies ist besonders problematisch für die öffentliche Daseinsvorsorge und steht im Zusammenhang mit der von der EU gewünschten Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen (GATS).

Das Verbot, öffentliche Einrichtungen besonders zu fördern findet sich dann noch einmal in Art. III.74.

Völlig unverständlich ist, warum in der EU die indirekten Steuern harmonisiert werden sollen (III.62), die direkten aber nicht. Dabei wäre es hier auch angesichts des von manchen Ländern betriebenen Steuerdumpings dringend angebracht, zu handeln.

Als „vorrangige(s)“ Ziel der Wirtschaftspolitik der EU wird die „Preisstabilität“ festgeschrieben (neue Nummerierung: I.30, III.177, 185). Beschäftigungspolitik und damit die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hat sich dagegen den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ und damit der Preisstabilität

unterzuordnen (neue Nummerierung: III.206, 179). Der Stabilitätspakt wird in den Verfassungsrang gehoben (neu: III.184). Hiermit wird ganz klar, eine neoliberale Wirtschaftsordnung und –politik in der Verfassung festgelegt.

Auch im Teil zur Entwicklungspolitik muss in Art. III.218 die Bindung der Entwicklungszusammenarbeit an die Politik der zuständigen internationalen Organisationen, also an IWF, Weltbank und WTO kritisiert werden. Deren neoliberale Politik führt wie anhand vieler Fälle belegt nicht aus der Krise, sondern verschlimmert sie.

Landwirtschaftspolitik

In der Landwirtschaftspolitik lautet das oberste Ziel: „die Produktivität (...) durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern“ (Art. III.123). Über eine ökologisch und mit den Interessen der Dritten Welt verträgliche Agrarpolitik ist dagegen nichts zu finden.

Viele Probleme in der GASP

Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) werden zunächst viele äußerst begrüßenswerte Ziele festgelegt (Art. III.193): Demokratie, Menschenrechte, Solidarität, Anerkennung des Völkerrechts gemäß den Grundsätzen der UN-Charta und auch „die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Entwicklungsländern zu fördern mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen“.

In Art. I.41.3, alt: Art. I.40, findet man aber ein Verbot der Abrüstung: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen“.

Gleichzeitig soll auch ein zuständiges Amt gegründet werden, dass sich um diese Angelegenheit kümmert. Unter den Aufgaben dieses Amtes, das im Zusammenhang mit dem Abrüstungsverbot aufgeführt wird, findet sich nun widersprüchlicherweise auch die Abrüstung:

„Die in Art. I.40.1 vorgesehenen Missionen, bei deren Durchführung die Union auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann, umfassen gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus“ (Art. III.210.1).

Mit diesem Artikel erfolgt vor allem auch die Möglichkeit zu „Friedensschaffende(n) Maßnahmen“ zur „Bekämpfung des Terrorismus“, also von Kriegseinsätzen, womöglich auch von Präventivkriegen („Terrorismus“), wie sie auf Grundlage der Europäischen Sicherheitsstrategie zu befürchten sind.

Besonders problematisch ist auch die Möglichkeit der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ (neu: Art. III.312) einzelner Mitgliedsstaaten und somit das Schaffen eines militärischen Kerneuropas, das in diesem Bereich dann folgerichtig die Entscheidungen prägt.

Zwar wird die „Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen“ (neu: I.3.4) erklärt, vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Mehrheiten und der Formulierungen des Europäischen Sicherheitsstrategie ist aber zu befürchten, dass unter der in Art. I.3.4 geforderten „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ dessen verstärkte interventionistische Auslegung zu verstehen ist.

Äußerst problematisch ist die Tatsache, dass für die Entsendung möglicher EU-Truppen keine Zustimmung eines Parlaments (nicht des Europäischen, aber natürlich auch nicht der nationalen) erforderlich ist (Art. I.10,11,15, III.39).

Wir begrüßen den Vorstoß des SPD-Parteivorstands, die Europäische Verfassung dem Volke zur Abstimmung zu stellen. Es ist lange überfällig, dass die Vertiefung der europäischen Integration durch eine breite öffentliche Debatte begleitet wird.

Damit diese Debatte nicht zur Farce wird, muss es aber auch möglich sein, ihre kritischen Impulse aufzugreifen und zu einer Weiterentwicklung des Verfassungsentwurfs für ein friedliches und soziales Europa zu nutzen. Wir wollen diesen Prozess nutzen, uns europafeindlichen Positionen entgegenzustellen. Im Sinne der oben genannten Kritikpunkte werden wir uns aber auch für eine Änderung der Verfassung einsetzen.

Aufgepaßt!
Fangen Sie den super
Dankeschön-
Zins ab 04.10.2004
nur bei Ihrer
Sparkasse Erlangen.

will ich: www.sparkasse-erlangen.de

175 Jahre Sparkasse Erlangen - im Weltspartagsmonat sagen wir gleich zweimal Dankeschön. Holen Sie sich unser siebtes Jubel-Angebot - den Sparkassen-Kapitalbrief ab Montag, den 04.10.2004 bei Ihrem Berater. Jubeln Sie mit und freuen Sie sich auf das achte.

Zwei von rund 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagen Dankeschön:
Harald Kneiß, Leiter der Geschäftsstelle Tennisloche
und Klaus Weigand, Stellvertreter

175 Jahre  *Dankeschön!*
SPARKASSE ERLANGEN
Nutzen Sie unsere verlängerten Öffnungszeiten: freitags bis 17:30 Uhr

Aus der Städtepartnerschaft San Carlos

Im letzten Kreisvorstand berichtete Jule Mildenberger über die Verwendung der Spenden, die regelmäßig auf der Kreismitgliederversammlung für El Salvador und für San Carlos gesammelt werden.

Leider gibt es zu dem Projekt in Son José in El Salvador keine Kontakte mehr, sodass eine weitere Unterstützung nicht sinnvoll erscheint.

In der Erlanger Partnerstadt San Carlos ist die Situation anders. Hier wird durch den Partnerschaftsverein intensiver Austausch betrieben. Leider wird von der Spitze der Erlanger Stadtverwaltung die Partnerschaft nicht ge-

pfligt. Jule Mildenberger plädiert deshalb für eine intensive Unterstützung der SPD. Konkret geht es um zwei Projekte im Gesundheitswesen

- ein kleines Krankenhaus wurde neben dem staatliche aufgebaut und ist auf zusätzliche Mittel dringend angewiesen

- wegen der hohen Mütter und Kindersterblichkeit wurde neben dem Krankenhaus eine Entbindungsstation aufgebaut, wo die teils sehr jungen Mütter zwei Wochen vor der Entbindung untergebracht werden.

Näheres ist aus dem anschließenden Reisebericht zu entnehmen.



Der Kreisvorstand beschließt, das zukünftig für diese beiden Projekte gesammelt wird und die weitere Entwicklung über den Partnerschaftsverein beobachtet werden soll.

Besuch in San Carlos

Bericht über die Reise des Städtepartnerschaftsvereins im Februar/März 2004

(wesentlich gekürzt von der Red.)

Vom 27. Februar bis 13. März 2004 besuchten wir, d. h. Sabine Lachner (l. Vorsitzende), Lothar Walter (Hautarzt) und Ingo Klose (Kardiologe und Kassier) unsere Partnerstadt San Carlos in Nicaragua. Für Sabine und Ingo war es nach fünf Jahren ein Wiedersehen mit dem inzwischen doch in einigen Bereichen veränderten Ort. Auffällig für den Reisenden ist die Tatsache, dass es nun 40 bis 70 Taxis in dem Ort gibt, die auch eifrig genutzt werden. Wer etwas auf sich hält im Ort, benutzt inzwischen ein Handy. Es gibt hier wohl seit ca. 2 bis 3 Monaten ein lokales Netz, das auch relativ gut funktioniert. Wie bekannt ist der Markt in die neu gebaute Halle gezogen, der Platz am Malecón ist jetzt frei. derzeit allerdings unwirtlich und relativ ungenutzt. Die Markthallen funktionieren, sind aber höchstens zu 2/3 belegt. Man wundert sich, dass hier bestimmte Funktionen wie z. B. Verkauf von Fleisch und Fisch, nicht vorhanden sind. Während unseres Aufenthaltes in San Carlos wurde die von der Stadt

Nürnberg mitfinanzierte Straße zur Markthalle im oberen Bereich fertig gestellt. Es fehlen jetzt nur noch die letzten 50 Meter bis zu dem neu eingerichteten Busbahnhof. Hierdurch ist doch insgesamt eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur des Ortes zu erwarten. Der Schwerverkehr muss dann nicht mehr durch die engen und teilweise kaputten Straßen der Innenstadt fahren. Ein neuer Blickfang des Ortes ist die mit Geldern aus dem Basenland restaurierte Fortaleza, das Fort oberhalb der Plaza. Das ist ein wirklich gelungenes Projekt, es ist die Bibliothek der Stadt untergebracht, außerdem eine Ausstellung zur Natur und Tierwelt sowie zur Geschichte der Region. Ein großer Platz und der angrenzende Festsaal stehen für Fiestas bereit. Die Gebäude sind von gepflegten Grünanlagen umgeben, und man hat einen phantastischen Blick auf den Rio San Juan und die Stadt.

Schwerpunkt unserer Reise waren das Gesundheitssystem sowie die vom Ver-

ein betreuten Projekte. Deshalb haben wir diesmal bewusst nicht alle Schulen, Kindergärten, Stadtratsfraktionen etc. besucht.

Clinica San Lucas

Diese Klinik wird seit 1998 von Hilde Düvel aufgebaut und geleitet. Ursprüngliche Idee dieser Klinik war insbesondere, die bessere Versorgung der Bevölkerung auf dem Lande. Da die Versorgung durch das staatliche Krankenhaus unzureichend war, hat man sich im Verlauf entschieden, ein kleines Krankenhaus mit 12 Betten zu bauen. Das Krankenhaus befindet sich im Ortskern, ist räumlich relativ beengt, aber für die dortigen Verhältnisse gut ausgestattet. In dem Krankenhaus arbeiten fest angestellt ein Gynäkologe, ein Chirurg und eine Kinderärztin, ferner einige Allgemeinärzte zum Teil auf Teilzeitbasis sowie ein Internist aus dem staatlichen Krankenhaus. Eines der größten Probleme für

die Klinik besteht darin, dass Spezialisten trotz überdurchschnittlichem Gehalt nicht länger am Ort bleiben wollen. Hilde Düvel bemüht sich daher seit langem, kubanische Ärzte an ihre Klinik zu bekommen.

....

Wir haben ein gebrauchtes Ultraschallgerät mitgebracht, das erfreulicherweise auch funktionsfähig in San Carlos ankam. Ein Schwerpunkt der Arbeit lag daher darin, die Ärzte in das Ultraschallgerät einzuweisen. Da die Klinik bis dato über kein funktionsfähiges Ultraschallgerät verfügte, war dieses Gerät für die Klinik sehr wichtig, auch um unnötige Operationen zu vermeiden. Allerdings hat der Schallkopf des Gerätes nur noch eine Funktionsdauer von ca. 1/2 Jahr, weshalb Hilde Düvel beim Verein den Kauf eines neuen Schallkopfes (Kostenpunkt ca. 2000,- EURO) beantragte.

Die kardiologischen Patienten wurden zum Teil vom Gesundheitszentrum und dem Krankenhaus gezielt geschickt. Ingo konnte einige Kinder mit angeborenen Herzfehlern untersuchen. Diese können sich dann in Managua auf eine Liste setzen lassen. Zweimal im Jahr kommen dorthin amerikanische Ärzte und führen einige herzchirurgische Eingriffe durch.

Generell erhielt man den Eindruck, dass das Vertrauen der Patienten in die Clinica San Lucas groß ist. Die Klinik hat sich allgemein einen guten Ruf erworben. Die OP-Räume und auch das Intensivzimmer befinden sich in einem guten Zustand, Das Personal erscheint motiviert und zuverlässig. Allerdings hängt auch in technischer Hinsicht das Funktionieren der Klinik bisher sehr stark von der engagierten und kompetenten Hilde Düvel ab. Sie versucht allmählich, Dr. Frank Teran in die Klinikleitung mit zu integrieren. Dr. Teran war bis vor 3 Jahren Leiter des staatlichen Krankenhauses und wurde dann aus politischen Gründen entlassen. Dr. Teran betreibt jetzt eine Zahnarztpraxis an der Clinica San Lucas im gegenüberliegenden Gebäude. Der Städtepartnerschaftsverein hat ihm im letzten Jahr eine Fortbildung in Wurzelbehandlung etc. finanziert, wofür er sich nochmals ausdrücklich bedankte.

Die Clinica San Lucas erhält keine staatlichen Zuschüsse. Nach Auskunft von Hilde Düvel gibt es im Moment auch keine anderen Organisationen aus Deutschland oder anderen Ländern, die die Klinik im wesentlichen unterstützen. Finanzielle Basis der Klinik sind die versicherten Patienten, die von der Klinik betreut werden. Staatliche Angestellte haben in Nicaragua eine Krankenversicherung. Diese zahlt einen Festbetrag an die Klinik zur ambulanten und stationären Versorgung der Patienten. In nächster Zeit wird die Klinik weitere 300 Versicherte erhalten. Dies wird die finanzielle Basis der Klinik verbessern können. Weitergehende Maßnahmen an der Klinik sind aber nur durch externe Hilfe möglich. Durch die Krankenkassenbeiträge können die Gehälter des Personals finanziert werden. Nach Auskunft von Hilde Düvel werden etwa 40% der Patienten umsonst behandelt. Dennoch wurde auch während unseres Aufenthaltes nicht ganz klar, welcher Patient wann und wie viel bezahlen muss. Generell gilt auch in San Carlos, dass eine Leistung, für die man etwas bezahlt, höher geschätzt wird, - als etwas, das man sozusagen vom Staat geschenkt bekommt. Es ist daher sicher durchaus akzeptabel, zumindest einen kleinen Beitrag für die Behandlung zu erwarten. Bei der stationären Versorgung wird dies aber sicherlich problematisch.

Hilde Düvel hat uns verschiedene Projektanträge mitgegeben. Ein Antrag bezieht sich auf die Anschaffung eines Colposkopiegerätes für die Gynäkologie, zur Krebsvorsorge bei Gebärmutterkrebs. Von Dr. Teran stammt ein Vorschlag zur Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung. Es geht hierbei darum, in der Region erstmals eine Art zahntechnische Versorgung zu gewährleisten, um Brücken und Kronen anfertigen zu können.

Außerdem plant die Klinik in nächster Zeit die Einrichtung von Gesundheitsstationen auf dem Land, denn gerade die Versorgung der ländlichen Bevölkerung (ca. 80 % der Gesamtbevölkerung im Rio San Juan) ist miserabel.

Schließlich soll v.a. in pädiatrischer Hinsicht die Infrastruktur der Klinik durch den Kauf eines neuen Gebäudes für 45.000 \$ verbessert werden, ein in dieser Größenordnung im Moment nicht sehr realistisches Projekt. Doch alle Anträge müssen nun noch genauer durchgearbeitet werden.

Insgesamt erscheint uns eine weitere Zusammenarbeit mit der Clinica San Lucas sinnvoll. Unsere im letzten Jahr ausgegebenen Projektgelder über 6000 \$ wurden sehr korrekt und ausführlich abgerechnet.

SILAIS. Staatliches Krankenhaus. Gesundheitszentrum

Bei einem gemeinsamen Termin stellten uns der Leiter des staatlichen Krankenhauses Dr. Randal Olivas, der Leiter des SILAIS, Dr. Freddy Ruiz und der Leiter des Gesundheitszentrums, Dr. Alvaro, ihre Arbeit dar. Bei diesem Termin waren auch die Vizedirektorin des Krankenhauses sowie ein Epidemiologe, Dr. Rodrigues-Guillermo, dabei. Sowohl das staatliche Krankenhaus als auch das Gesundheitszentrum haben in den letzten Jahren erhebliche Gelder der europäischen Union bekommen, mit einem Projektvolumen von ca. 1 Mio. \$ über einige Jahre. Die Infrastruktur des Krankenhauses hat sich hierdurch erheblich verbessern lassen. Bei einer Besichtigung konnten wir feststellen, dass die Gebäude, insbesondere die Dächer, renoviert wurden. Weiterhin sind erhebliche Arbeiten in Gange, die das Krankenhaus im Moment etwas provisorisch erscheinen lassen.

Schwerpunkt des Krankenhauses liegt in der gynäkologischen und pädiatrischen Versorgung. Es arbeiten derzeit 7 Ärzte fest im Krankenhaus. 3 Ärzte sind im Sozialdienst in der Region tätig. Häufige Erkrankungen sind Asthma, generell Atemwegserkrankungen. Diarrhöen und Malaria. Das ganze Krankenhaus bekommt ca. 5000 \$/Monat von der Regierung (für laufende Kosten ohne Gehälter). Man kann sich vorstellen, dass mit diesem Betrag eine vernünftige Versorgung kaum

möglich ist. Es mangelt insbesondere an Medikamenten und Verbrauchsmaterialien. Der Leiter des Krankenhauses ist überwiegend aus politischen Gründen Leiter des Krankenhauses geworden und hat wohl sehr wenig praktische Erfahrung. Er wirkte im Gespräch insgesamt eher desinteressiert und wenig engagiert. Die Funktionstüchtigkeit des Krankenhauses ist im Moment unter Umbauarbeiten schwer zu beurteilen. Da hier derzeit viel Geld fließt, ist ein Engagement unsererseits im Moment sicherlich nicht vorrangig.

Das Gesundheitszentrum San Carlos im Ortskern stellt sich, verglichen mit unserem Vorbesuch vor 5 Jahren, deutlich **verbessert** dar. Mit den Geldern der europäischen Union wurde das Zentrum komplett renoviert. Insbesondere das Labor, aber auch die zahnärztliche Einrichtungen wurden deutlich verbessert. Das Zentrum wirkt gut geführt und gut frequentiert. Auch hier ist das Hauptproblem der mangelnde staatliche Geldzufluss. Das Zentrum muss mit 1200 \$ / Monat auskommen. Es fehlt daher u.a. auch an Medikamenten. Der Leiter des Gesundheitszentrums wirkt engagiert und vertrauenswürdig. Eine begrenzte Hilfe bezüglich Medikamenten etc. ist sicherlich sinnvoll.

Vom Leiter des SILAIS, sozusagen dem Vertreter des Gesundheitsministeriums in der Region, wurden uns die Hauptprobleme in der Region dargestellt. Es werden hier sehr ausführliche Statistiken über sämtliche Erkrankungen geführt. Problematisch ist, dass es im Moment keine Krankenschwesternausbildung in San Carlos gibt. Dr. Ruiz machte zudem den Projektvorschlag, dass in einem Nebengebäude des Krankenhauses ein Regionallabor aufgebaut werden sollte. Bisher müssen kompliziertere Laboruntersuchungen nach Managua geschickt werden. Die Ergebnisse kommen dann oft erst Wochen später. Eine vernünftige Laborversorgung für etwa 100.000 Menschen in der Region ist daher sicherlich sinnvoll und notwendig.

Eines der größten Probleme der Region ist die hohe Mütter- und Kindersterblichkeit. Nach Auskunft des Leiters von SILAIS ist sie eine der höchsten weltweit. Diesbezüglich wurde jetzt ein sehr sinnvolles Projekt initiiert, die Casa Materna. Dies ist ein neues Gebäude neben dem Krankenhaus. In diesem Haus können sich die werdenden Mütter ab ca. 2 Wochen vor der erwarteten Entbindung aufhalten. Dies ist insbesondere für die Frauen aus den weit entlegenen Dörfern der Region gedacht. Das Haus hat ca. 12 Betten. Die Frauen können sich dort selbst versorgen. Es macht einen freundlichen, gut gepflegten Eindruck. Erschütternd war es dort, die sehr jungen, zum Teil 13-jährigen Mütter zu sehen. Dieses Projekt ist sicherlich sehr sinnvoll und kann dazu beitragen, die hohe Mütter- und Kindersterblichkeit zu vermindern.

.....

Politische Situation

Im November diesen Jahres wird in San Carlos erneut gewählt. Für die Bürgermeisterposition bewerben sich bei den Sandinisten Jonny Gutierrez, der eine Gruppe mit Rommel und Carlos Corea bildet. Auf der anderen **Seite bewirbt sich Marisol**, eine Gerichtsmedizinerin und Allgemeinärztin. Ihre Familie betreibt das Hotel San Carlos neben der Clinica San Lucas. Der Vater war unter Somoza schon einmal Bürgermeister von San Carlos.



Bei einer Umfrage eines unabhängigen Instituts konnte Marisol eindeutig gewinnen und wurde somit die FSLN-Kandidatin für den Bürgermeisterposten. Wir haben Marisol kennen gelernt, da sie in der Clinica San Lucas arbeitet. Sie macht einen sehr sympathischen und kompetenten Eindruck. Während unserer Anwesenheit fanden auch mit viel Querelen die Vorwahlen für die Stadträte statt. Man versuchte vergeblich, Frank Ochomogo von der Liste abzusetzen. Allgemein sieht man relativ gute Chancen, dass in San Carlos die **FSLN-Kandidatin Bürgermeisterin werden könnte**.

Die politische Situation im Land ist relativ verworren. Die Liberalen haben sich gespalten, in eine Gruppe von Bolanisten und eine Gruppe von Arnaldo Alemán-Anhängern. Alemán scheint z. T. immer noch mit Ortega zusammenzuarbeiten und es gibt Bemühungen, eine Amnestie für Alemán zu erzielen. Allgemein wird erwartet, dass Daniel Ortega erneut antritt. Dies wird zumindest von vielen unserer Bekannten sehr bedauert, da sich keine neuen politischen Perspektiven eröffnen.

Bei einer Fahrt durchs Land kann man durchaus Fortschritte feststellen. Die Infrastruktur hat sich nach dem verheerenden Hurrican Mitch inzwischen deutlich verbessert. In weiten Teilen des Landes sind die Straßenverbindungen relativ ordentlich. Sehr problematisch sind die niedrigen Kaffeepreise, sodass sich der Anbau oft nicht mehr lohnt. Die Landarbeiter aus diesen Regionen drängen dann z. B. in die Region Rio San Juan, um dort Subsistenzwirtschaft zu betreiben. Dies führt dann zu der bekannten **Regenwaldrodung mit entsprechenden ökologischen Folgen**. In Managua, insbesondere aber auch in Leon kann man eine deutliche Modernisierung feststellen. **Überall trifft man auf internet-Cafés und rege Aktivitäten** der bekannten internationalen Konzerne. Es sind auch Bemühungen erkennbar, die touristische Infrastruktur des Landes allmählich zu verbessern. Aber eine vernünftige ökonomische Perspektive ist für das Land eigentlich nicht erkennbar. Es wird wohl auf absehbare Zeit auf Hilfe von außen angewiesen sein.

Bruck



Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Mitgliederversammlung findet am

**Dienstag, den 12. Oktober
2004 um 20.00 Uhr, beim
FSV, Tennenloher Str.**

statt.

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen.

Für den Vorstand

Wolfgang Peter

Vorsitzender:

Wolfgang Peter Tel.: 303090
eMail: bruck@spd-erlangen.de

Eltersdorf



Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am

**Dienstag, den 19. Oktober
um 20 Uhr
im Schützenhaus Eltersdorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden

Vorsitzender:

Manfred Jelden Tel: 601333

Frauenaarach



Vorsitzender:
Thomas Hein

Wir wollen die öffentliche Veranstaltung im November detailliert vorbereiten.

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich

**Protokoll der Distriktversammlung
vom 21.9.04**

1. Aktuelles

AWO Erlangen

Anlässlich der jährlichen Spendensammlung der AWO ergibt sich die Diskussion, in welche Richtung die AWO Erlangen abdriftet.

2. ÖPNV

Gisela Niclas berichtet vom aktuellen Stand der Kürzungsverhandlungen. Da der neue Fahrplan im Dezember in Kraft tritt, wollen wir die Bürgerin-

nen und Bürger über die Änderungen und die Position der SPD in einer öffentlichen Distriktversammlung informieren.

Im nächsten Jahr wird der Nahverkehrsplan der Stadt Erlangen aktualisiert und wir wollen die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger dort einbringen.

Normalerweise gilt der Grundsatz: Wer bestellt, zahlt. Die Stadt bestellt beim den Erlanger Stadtwerken ÖPNV-Kapazität, zahlt aber nicht. Das heißt: Seit 2 Jahren finanzieren die Bürger und Bürgerinnen über Strom und Gas den ÖPNV alleine und die Stadt entzieht sich ihrer Verpflichtung, den ÖPNV als Daseinsvorsorge finanziell zu unterstützen.

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe November 2004
20. 10. 2004**

Genossinnen und Genossen,

unsere nächste Mitgliederversammlung findet am

**Dienstag, den 12. Oktober
2004 um 20.00 Uhr, im
AWO-Raum, Gaisbühlstr. 4**

statt.

3. Verschiedenes

NPD-Kundgebung

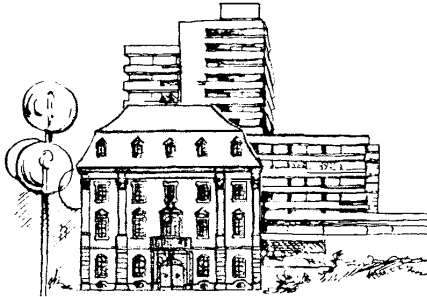
Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, die NPD-Kundgebung am 2. Oktober

zu verbieten und ruft zur Gegendemonstration mit dem Titel „Gegen Fremdenfeindlichkeit - Offen aus Tradition“ auf.

4. Termine

30.11. Öffentliche Distriktversammlung zum Thema ÖPNV

10.12. Weihnachtsfeier



Innenstadt

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch für die nächste Sitzung des Distrikts Innenstadt am

**Dienstag, den 19. Oktober
20.00 Uhr im Mohrenkopf**

Schwerpunktthema des Abends wird die **Jahresplanung für das kommende Jahr** sein.

Auf eine rege Beteiligung freut sich eure

Distriktvorsitzende

Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

einladen.

Barbara Pfister



Ost

Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531

e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

stellvertretende Vorsitzende:

Monika Wendler Tel.: 401737

e-mail: moni.wendler@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

**am Donnerstag, den
14.10.2004 , 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Jochen Kraft

Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktversammlung am

**Dienstag, 12.10.04,
Schlossgaststätte, 20.00
Uhr**

Bitte folgende Termine beachten:

Fahrt nach Jena, 3. 10. Nähere Absprachen mündlich

Herbstwanderung am 10.10. Treffpunkt: 10.00 Uhr Wied

Nähere Informationen bei Alfred Opitz

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte
3. Hartz IV.
4. Verschiedenes

Für den Vorstand

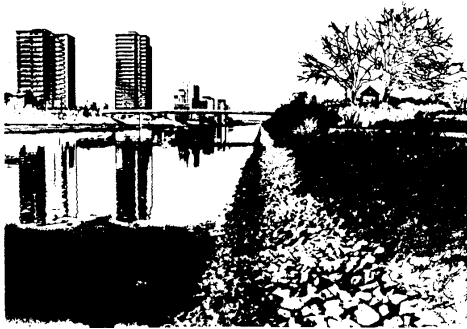
Rolf Schowalter



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

West



Vorsitzender:

Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktsversammlung am

**Dienstag, 19.10.04 um
20.00 im Gasthaus „Zur
Einkehr“ (Gütlein) in
der Dorfstraße
Büchenbach**

Tagesordnung

1. Aktuelles
2. Berichte aus Stadtrat, Kreisvorstand und Ortsbeirat
3. Ausbildungsplatzangebot und Jugendarbeitslosigkeit in Erlangen
4. Verschiedenes

Für den Vorstand

Gerd Peters

Arbeitskreis Gesundheitspolitik

Termin im Oktober:

Mittwoch, 13.10.2004

18.00 Uhr

**Mohrenkopf, Schiffstraße
6, 91054 Erlangen**

Themen:

⇒ öffentliche Veranstaltung zum Thema Gesundheitspolitik

Angesprochen werden sollen die Teilnehmer an der Fragebogenaktion.

⇒ Bürgerversicherung

neues Thema soll die geplante Bürgerversicherung sein, Grundlage ist der SPD-Entwurf

Liebe GenossInnen, im Juli haben wir unsere Arbeit an dem in der KVM fast einstimmig beschlossenen Antrag zum Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenkassen abgeschlossen.

In den nächsten Monaten wollen wir und mit der geplanten Bürgerversiche-

rung beschäftigen. Dieses Thema wird im kommenden Jahr mit Sicherheit große Teile der öffentlichen Diskussion beherrschen.

Wir wollen die Chance wahrnehmen auf die Ausgestaltung Einfluss zu nehmen und hierzu unsere Vorstellungen zu entwickeln und als Antrag in der KVM einzubringen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn einige GenossInnen in unserem Arbeitskreis hinzukämen und ihr Fachwissen und ihre Ideen mit einbrächten.

Kontakt:

Hans Wachter, Tel. 09131/501647
Mobil: 0177/3127448
E-Mail:

Karin.Hans.Wachter@nefkom.net
Karin.Hans.Wachter@myway-it.de

Für den AK: Hans Wachter

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr lädt die Kreis- SPD auch 2004 wieder ein unter dem Motto

„Der fröhliche Genosse“

**Fahrt nach Sulzfeld am
Main mit
Weinprobe im Weingut
„Winfried Luckert“**

**Samstag, den 9. Oktober
2004**

13.00 Uhr bis 22.00 Uhr

(Abfahrt Erlangen-Post 13.35 Uhr)

Der Winzer Winfried Luckert betreibt naturnahen Weinbau und wird uns außer seiner Weinphilosophie den neuen Jahrgang 2003 vorstellen. Der Preis für die Busfahrt einschließlich Weinprobe, Winzerplatte und Mineralwasser beträgt

25 EURO pro Person.

Anmeldungen an untenstehende Adresse, telefonisch, per Fax oder über e-mail. Der Preis ist bei Fahrtantritt zu entrichten

Mit herzlichen Grüßen
Hans-Jürgen Kaiser
(Stellv. Kreisvorsitzender)

Tel.: 09131/ 50 62 44 Fax.: 09131/
50 62 45 Mail: Weinsteins.weine@t-
online.de

Projektgruppe Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Mittwoch 13.10., 20 Uhr
Ort: Mohrenkopf, Neben-
zimmer**

Thema: Finanzierungsalternativen der Sozialen Sicherungssysteme

Das Diskussionspapier wird vorher vermailt und liegt rechtzeitig vorher im Parteibüro aus.

Zum Vormerken: Der nächster Termin findet am Mittwoch den 17.11. ebenfalls um 20 Uhr statt.

mit solidarischen Grüßen

Florian Janik

Referent für Schulung und Arbeitskreise

Für weitere Informationen: Tel. 09131-
59099, Florian.Janik@gmx.de



Was bleibt von unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, was bleibt von unserer Partei?

In unserem Parteiprogramm stehen u.a. folgende Sätze: Gerechtigkeit verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau.

Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur. Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muss mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden. (Zitat Ende).

Die staatlichen Mittel sind zum einen Umverteilung der erwirtschafteten Einkommen über gesetzliche und paritätisch finanzierte soziale Sicherungssysteme und Steuern, zum andern die Sicherung des Lebens der Arbeitnehmer mit dem Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmung und Kündigungsschutz.

Umverteilung in diesem Sinn war das Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft. Der Wirtschaftswissenschaftler Müller-Armack hat dies so formuliert: „Der Staat hat die unbestreitbare Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktgeschehen resultierenden Einkommensströme umzuverteilen und soziale Leistungen zu ermöglichen. Dies alles gehört zum Wesen einer Ordnung und es wäre eine Farce, nur den unbeeinflussbaren Marktprozess zu sehen und seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung nicht zu beachten.“

In der Anerkennung dieses Prinzips bestand noch bis vor einigen Jahren in unserer Gesellschaft breite Anerkennung, ebenso wie in der Anerkennung der Tatsache, dass das Tarifrecht und die Mitbestimmung entscheidend zum Erfolg der deutschen Wirtschaft beigetragen haben.

Doch nun hat das jahrelange Trommelfeuer von Politikern, Wirtschaftsvertretern und Medien dazu geführt, dass dieser Konsens aufgebrochen wurde. In „Spiegel“ Nr. 25 vom 21.6.2004 wird unter der Überschrift „Schröders letztes Gefecht“ gefragt: „Wie viele soziale Gerechtigkeit kann - nicht möchte- sich eine alternde Gesellschaft leisten, deren ökonomisches Fundament derart erodiert ist?“ Andere gehen noch weiter und sagen, soziale Gerechtigkeit sei nicht mehr bezahlbar, an ihre Stelle müsste Eigenvorsorge treten, Doch ist unser ökonomisches Fundament wirklich so sehr erodiert, immerhin stiegen doch die Gewinne der Unternehmen im letzten Jahr ganz beträchtlich und auch die Vermögen wachsen. Erodieren allerdings die Lohnquote, doch an ihrer Steigerung besteht kein Interesse, ganz im Gegenteil.

In dem erwähnten Spiegelartikel wird weiter gefragt: „Wie soll eine Marktwirtschaft im teils erbarmungslos geführten globalen Wettbewerb bestehen, die auf Mitbestimmung und Teilhabe gründet?“ Die Autoren des MAI waren deutlicher, für sie waren alle Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt nur Maßnahmen zur Minderung der Gewinne und müssten daher abgeschafft werden.

All diese Forderungen, Preisgabe der sozialen Gerechtigkeit, Aufhebung des Schutzes der Arbeitnehmer, Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, Verlegung der Arbeitsplätze ins Ausland sind jedoch nichts als Waffen im Verteilungskampf mit dem Ziel, eine andere Gesellschaft zu schaffen.

August von Hayek hat dies so formuliert: „die Regeln der distributiven Ge-

rechtigkeit können nicht Verhaltensregeln gegenüber Gleichen, sondern müssen Verhaltensregeln gegenüber Subalternen sein“. Herr Karl-Heinz Büschemann sieht darin positive Auswirkungen auf unsere Einstellung zum Leben. In der Süddeutschen Zeitung vom 31.7. schreibt er: „die Gewinne der Unternehmen sind zwar beträchtlich gewachsen, doch der Druck, sie noch weiter zu steigern, nimmt zu und dies kann nur erreicht werden mit Lohnkürzungen und Entlassungen, was natürlich die Lebensumstände der Arbeitnehmer verschlechtern würde. Damit würde uns der Markt unseren schiefen Wohlstandsbegriff und unsere verwöhnte Lebenshaltung austreiben“.

Von einer Einbettung des Marktgeschehens in die staatliche Ordnung, wie sie Müller-Armack beschrieben hat, ist nicht mehr die Rede. Die Wirtschaft ist von Staat und Gesellschaft abgekoppelt, die Binnennachfrage ist uninteressant geworden.

Alle diese Äußerungen sind nun nicht bloße Meinungen von Journalisten, sie werden im politischen Geschehen realisiert. Dieses kann man vergleichen mit einem Theaterspiel auf 2 Ebenen, auf der oberen agiert die Wirtschaft, auf der unteren die Regierung und die Parteien. Die Handlungen auf der oberen Ebene können von der unteren nicht beeinflusst werden, dagegen kann die obere Ebene Forderungen an die untere stellen und sie tut dies auch, mit Forderungen nach sozialen Einschnitten, mit der Forderung nach Preisgabe von Rechten, die sie als Einengung ihres Handlungsspielraums betrachtet (z.B. den Kündigungsschutz). Umverteilung findet im wesentlichen innerhalb der unteren Ebene statt und, wie das Sinken der Lohnquote zeigt, dazu noch von unten nach oben.

CDU und FDP befürworten die oben beschriebenen Forderungen der bürgerlichen Presse, sie sind im Theater-

spiel die Vertreter der oberen Ebene in der unteren. Wie aber verhält sich die SPD? Sie hat keine Gegenposition zu den oben beschriebenen Meinungen aufgebaut, sie hat die Folgen der beschriebenen Forderungen für die Gesellschaft nicht analysiert. Letzten Endes bedeutet doch die Formel „soziale Gerechtigkeit ist nicht mehr bezahlbar, dass für viele Menschen das Leben nicht mehr bezahlbar ist. In der Süddeutschen Zeitung vom 12.8. schreibt Herr Heinz Bude,“ die SPD hat längst alle Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Befriedung verworfen, „ In der Tat, von unserem Vorstand wird uns gesagt, es gebe nichts mehr umzuteilen, an die Stelle der Solidarität in der Gemeinschaft soll Eigenvorsorge treten, an die Stelle sozialer Gerechtigkeit Chancengerechtigkeit durch Bildung und Ausbildung. Infolge der einseitigen Umverteilung und der hohen Arbeitslosigkeit schrumpfen die Einnahmen des Staates und der sozialen Sicherungssysteme. Daher müssen soziale Leistungen gekürzt werden, wie dies in der Agenda 20 10 geschieht. Einnahmen und Ausgaben des Gesundheitssystems müssen diesen Bedingungen angepasst werden. Dies kann verstanden werden, nicht jedoch, dass dabei die Schwächsten in der Gesellschaft, Kranke, Alte Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger unverhältnismäßig stark belastet werden, während gleichzeitig der Spitzensteuersatz gesenkt wird. Mit Hartz IV wird der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf der Ebene der Arbeitslosen geführt. Dabei wird angenommen, die Ursache der Arbeitslosigkeit sei der mangelnde Wille der Arbeitslosen, eine Arbeit aufzunehmen, sie müssten daher dazu gezwungen werden. Arbeitsplätze werden wohl nur in der Vermittlung, in der Bürokratie entstehen, wie aber kann sie Arbeitsplätze vermitteln, wenn keine vorhanden sind? Und welcher Arbeitsplatz wird schon einem wegen seines hohen Alters entlassenen 55-Jährigem angeboten, doch allenfalls einer der geplanten 1 Euro-Jobs, mit denen endlich die seit langem geforderten billigen Arbeitsplätze geschaffen werden und die Arbeitslosenstatistik geschönt werden soll.

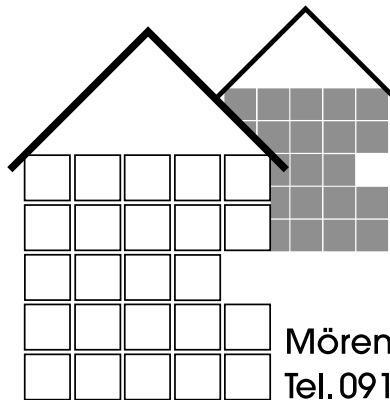
All diese Aussagen und Maßnahmen zeigen, dass die Parteiführung und mit ihr weite Teile der Partei die Prinzipien

unseres Grundsatzprogramms aufgegeben haben, teilweise wohl unter dem Druck der veröffentlichten Meinung, teilweise wohl auch aus eigener Überzeugung. Neue Grundsätze wurden nicht formuliert, das einzige Prinzip des praktischen politischen Handelns ist die Einsparung von Kosten, dies aber bietet keine Hoffnung und die getroffenen Maßnahmen sind häufig verwirrend und lassen kein Konzept erkennen. Dies spüren die Menschen. Eine Partei aber, die keine Grundsätze mehr hat, wird nicht mehr gebraucht. Dies zeigen die Umfrageergebnisse.

Sind aber unsere Vorstellungen wirklich überholt? Ist nicht in Zeiten geringer Mittel soziale Gerechtigkeit not-

wendiger denn je? Sind die Rechte der Arbeitnehmer nicht ein integrierender Bestandteil der demokratischen Ordnung, ihre Preisgabe der Weg in vor-demokratische Verhältnisse? Müssten nicht die im Spiegel gestellten Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und Mitbestimmung ergänzt werden durch die Frage: Kann eine Wirtschaft auf Dauer existieren, die losgelöst ist von Staat und Gesellschaft?

Diese Probleme werden Akteure finden, Parteien, die sich ihrer annehmen. Tut die SPD dies nicht, wird sie überflüssig. Immerhin geben einige Aktivitäten der letzten Zeit Anlass zu der Hoffnung, dass die Partei wieder Boden unter die Füße bekommt.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....
Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....
Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....
Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....
Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....
Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 4 32 26
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

Befreundete Organisation berichten:

Türkisch-Deutscher Solidaritätsverein (TDS)

Der Türkisch-Deutsche Solidaritätsverein zeigt im Rahmen seines Programms „TDS im Herbst 2004“ eine Ausstellung und veranstaltet vier Vortragsabende im Oktober und November:

I. Ausstellung „Haymatloz“

Eine Ausstellung des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin

Öffnungszeiten

vom 11. bis 27. Oktober in der Uni-Bibliothek Schuhstraße 1 a jeweils Montag bis Freitag 8.30 bis 18.00 Uhr.

Eröffnung Freitag, 08.10.2004 um 19.30 Uhr im Foyer der Uni-bibliothek durch Christiane Hoss, Geschäftsführerin des Aktiven Museums Berlin.

„Haymatloz“ schrieben die türkischen Behörden den deutschsprachigen Flüchtlingen in die türkischen Fremdenpässe, nachdem sie vom Deutschen Reich ausgebürgert worden waren.

Zwischen 1933 und 1945 emigrierten auf Einladung der türkischen Regierung Hunderte Wissenschaftler, Politiker und Künstler – unter ihnen z.B. Paul Hindemith, Ernst Reuter mit seinem Sohn Edzard oder auch Eduard Zuckmayer - in die Türkei.

Die zweisprachige Ausstellung HAYMATLOZ erinnert an die von den Nationalsozialisten Vertriebenen.

Eintritt: frei

II. „Deutsche Forscher in Ankara vor und während des Zweiten Weltkrieges“

Vortrag von Prof. Dr. Klaus Kreiser, Universität Bamberg
Freitag, 15. Oktober 2004 um 20.00 Uhr

im Lesesaal der Stadtbücherei Erlangen, Marktplatz 1

Eintritt: frei

III. Zeitzeugengespräch mit Cornelius Bischoff,

Freitag, 22. Oktober 2004, um 20.00 Uhr

im Lesesaal der Stadtbücherei Erlangen, Marktplatz 1

Cornelius Bischoff war als Junge mit seinen Eltern in die Türkei emigriert und ist heute einer der bedeutendsten Übersetzer türkischer Literatur.

Eintritt: frei

IV. „Kurz vor dem Gipfel? – EU und Türkei“

Vortrag von Ozan Ceyhun, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments.

Freitag, 12. November 2004, um 20.00 Uhr

im Lesesaal der Stadtbücherei Erlangen, Marktplatz 1

Eintritt: frei

V. „Die Türkei als Zufluchtland für deutsche Emigranten“

Vortrag von Edzard Reuter, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG Stuttgart und Sohn des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Ernst Reuter.

Veranstaltung im Rahmen der Ringvorlesung der Uni Erlangen-Nürnberg unter dem Motto „Die Türkei – ein Land in Europa?“

Donnerstag, 18. November 2004, um 18.00 Uhr
in der Aula des Schlosses, Schlossplatz 4

Für den TDS:

Hans Wachter

Die ungeschiedene Ehe: kein Thema für die Politik?

Ehe und Familie sind nicht nur Privat- und Herzenssache. Als gesellschaftliche Institutionen werden sie vom Gesetzgeber umrissen. Soweit es um das Ende einer Ehe geht, weiß das ein Jeder: Unterhalt, Zugewinn, Sorgerecht und Versorgungsausgleich als Scheidungsfolgen werden oft diskutiert und reformiert.

Dass eine Heirat auch dann nicht folgenlos bleibt, wenn sie nicht geschieden wird, ist dagegen weithin unbekannt: Die „Schlüsselgewalt“, kraft deren ein Ehegatte beim Kauf eines Fernsehers den anderen zur Zahlung des Kaufpreises verpflichtet, auch wenn keiner der beiden das will, ist ein besonders kurri-

ses, wenn auch nicht das einzige Beispiel. Die Reihe läßt sich von A wie Arbeitsrecht bis Z wie Zustellungsrecht fortsetzen.

Die Regelungen, die in der Hausfrauenehe des frühen 20.Jh eine gute Begründung fanden, werden heute bisweilen als Schlechterstellung von Eheleuten empfunden. Welcher Reformbedarf ergibt sich aus dem Wandel der gesellschaftlichen Wertvorstellungen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit?

Sozialliberaler Erlanger Kreis e.V.

Mittwoch 13.10. - 20 Uhr - Kulisse Nebenraum

Wir gratulieren zum Geburtstag:

Oktober 2004



Wir möchten allen, die im Oktober ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

01.10.	Heidi Kaspar 60 Jahre	16.10.	Georg Fellner 91 Jahre
01.10.	Jürgen Sigwart 60 Jahre	16.10.	Anni Sammetinger 80 Jahre
08.10.	Fritz Spath 77 Jahre	20.10.	Hans Jürgen Matern 60 Jahre
08.10.	Jürgen Tendel 65 Jahre	23.10.	Gunda Gerstenmeyer 50 Jahre
14.10.	Sven Seebeck 50 Jahre	25.10.	Günter Lüling 76 Jahre
16.10.	Winfried Eibl 73 Jahre	28.10.	Charlotte Schwarz 88 Jahre
		31.10.	Franz Kopp 84 Jahre

Friedensaktivist und Weltenbummler Helmut Aichele wurde 65.

Herzlichen Glückwunsch.

Ständig unterwegs auf Reisen – und doch immer da, um mitzudiskutieren, wenn es darum geht in wichtigen Fragen Stellung zu beziehen: In Fragen der Friedenspolitik, der Europapolitik oder in Fragen von Wissenschaft und Forschung oder den Themen, die im Wirtschaftspolitischen Arbeitskreis auf der Tagesordnung stehen. So kennen und erleben wir momentan den Helmut „Hem“ Aichele. Er hat sich zwar – nach jahrelangem unermüdlichen Einsatz in der Vorstandsarbeit und in der Poeschke-Gesellschaft - etwas aus dem „Parteifunktionärsleben“ zurückgezogen und genießt mit Inge die wohlverdienten Freuden des „Unruhestandes“ – häufig auch ausserhalb seiner Wahlheimat Franken. Das heißt gerade bei ihm aber nicht, dass er die Partei links liegen lässt. Im Gegenteil: Er fordert die klare Positionierung und will wissen, wo die Partei in wichtigen Fragen steht, will sich versichern darüber, wo die Erlanger SPD ihre Pflöcke einschlägt. Das ist gerade in der momentanen Situation ein nicht ganz einfacher Prozess. Umso wichtiger ist ihm Klarheit in den inhaltlichen Fra-

gen. Die fordert er dann auch mit großer Nachdrücklichkeit ein.

„Schwäbisch eigenwillig und manchmal auch fundamentalistisch querköpfig, hie und da ein raunzig-spröder Charme, eine für Hiesige oft nicht leicht zu verstehende Artikulation, die sich beharrlich jeder Frankonisierung widersetzt, diese ersten Eindrücke von Dir sind sehr oberflächlich, verstellen sie doch den Blick auf den „wahren“ Hem, der sich zugegebenermaßen – nicht sofort erschließen lässt. Erst wenn man mit dir enger zusammenarbeitet, dann erkennt man dein sensibles Gespür für Menschen und all ihre Fragen, Ängste, Sorgen und Beweggründe, um die es dir in deinem politischen Engagemment immer gegangen ist und immer noch geht“ Dieser treffenden Beschreibung von Wolfgang Vogel kann man nicht viel hinzufügen, ausser dem Wunsch, dass diese „Eigenheiten“ noch lange nicht nachlassen mögen. Wir sind stolz darauf, dich in unseren Reihen zu wissen und hoffen, dass dies



auch noch lange so bleibt. Viel Spaß und viele neuen Erfahrungen auf deinen Reisen. Wir freuen uns mit dir gleichwohl aber auch über jeden Tag, an dem du hier in Erlangen aktiv bist. Freundschaft!



SPD - Rathauselegramm

Klares Zeichen gegen NPD-Aufmarsch setzen

Derzeit liegt eine Anmeldung für einen Aufmarsch der NPD in Erlangen vor. Die SPD-Stadtratsfraktion machte mit folgendem Dringlichkeitsantrag einen Vorschlag, dass alle demokratischen Parteien in Erlangen ein klares Zeichen gegen rassistische Agitationen setzt. Besonders wichtig ist es der SPD dabei, dass dabei alle demokratischen Kräfte an einem Strang ziehen.: „Eine Stadt wie Erlangen, die offen aus Tradition ist und die seit Jahrzehnten unter breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgreich Integrationspolitik betreibt, kann es nicht dulden, dass hier rassistische, nationalistische oder antisemitische Propaganda verbreitet wird.

Diese Provokation muss durch ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Parteien und Gruppierungen mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Die SPD-Fraktion beantragt daher:

1. Die Stadtverwaltung untersagt den Aufmarsch der NPD. Gegebenenfalls muss die Stadt die Ablehnung des Auf-

marsches vor dem Verwaltungsgericht offensiv verteidigen. Auch andere Städte – z.B. unsere Nachbarstadt Fürth – praktizieren diesen Weg. Es gilt, ein klares und eindeutiges politisches Signal durch Oberbürgermeister und Verwaltung zu setzen.

2. Oberbürgermeister und Stadtrat distanzieren sich klar und eindeutig vom Auftreten der NPD in unserer Stadt. Als Mitglied der „Aktion Courage“ unterstützen wir alle friedlichen Protestaktionen demokratischer Parteien und Initiativen. Gleichzeitig wird die Stadt selbst durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit aktiv. Die Stellungnahme des Stadtrates, die Entscheidung der Verwaltung zum Antrag der NPD, sowie Informationen über weitere Aktivitäten werden den Bürgerinnen und Bürgern durch die Medien und auf der städtischen Internetseite bekannt gemacht.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der „Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken“ für Unterstützung gegen den Aufmarsch zu werben.

4. Für den Fall, dass die NPD-Kundgebung stattfindet, wird am Rathaus ein deutlich sichtbares Transparent angebracht. Hierzu schlagen wir folgenden Text vor: „Erlangen offen aus Tradition – gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.“ Ziel aller öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten ist es, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger gemein-

Erlangen offen aus Tradition
– gegen Fremdenfeindlichkeit
und Rassismus

sam mit dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat einen Aufmarsch der NPD in Erlangen unmöglich machen.

5. Oberbürgermeister und Verwaltung legen eine Stellungnahme vor, warum entgegen der eindeutigen politischen Festlegung die Fraktionen nicht unverzüglich informiert worden sind, als der Antrag der NPD bei der Verwaltung eingegangen ist. Der SPD-Fraktion wurde das Ansinnen der NPD erst nach Hinweisen der Bürgerschaft bekannt.“

Abwehr von Neonazi-Propaganda an Erlanger Schulen

Wie unter anderem aktuellen Presseberichten zu entnehmen ist, planen rechtsradikale Gruppen, über die Verteilung von Musik-CDs mit neonazistischem Inhalt Kontakt zu Schülerinnen und Schülern aufzunehmen.

Wir bitten in einem Antrag zum Schulausschuss vor diesem alarmierenden Hintergrund die Verwaltung,

- bereits vor Schuljahresbeginn mit den Erlanger Schulen und der Polizei in dieser Frage Kontakt aufzunehmen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln;
- unmittelbar nach Beginn des neuen Schuljahres auch die Elternbeiräte, SMVs sowie das Jugendparlament zu informieren und in die Beratungen über eine gezielte Aufklärung der Schülerinnen und Schüler einzubeziehen;
- angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit in der Stadtratssitzung im September zum aktuellen Stand zu berichten und dabei auch Erkenntnisse der Erlanger Polizei vorzulegen
- die weitere Entwicklung in der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu behandeln.

Straßenbenennung nach Dr. Rita Schüssler

Im August beantrage die SPD-Fraktion eine Straße in Erlangen nach Dr. Rita Schüssler zu benennen, die am 8. Mai 2004 verstarb. Im Antrag heißt es unter anderem: „Als Vorsitzende des Jugendwohlfahrtsausschusses lagen

ihr die Belange der Jugend besonders am Herzen. Mit ihrer Fraktion und an der Seite von Oberbürgermeister Dr. Lades hat sie sich besonders eingesetzt für die Verwirklichung des Jugend- und Freizeitzentrums Frankenhof, ein damals bundesweit beispielhaftes Projekt.

Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, gleiche Bildungschancen, Zugang zur Kultur für alle sozialen Schichten und die Gleichberechtigung der Frauen waren ihre Anliegen auch über ihr aktives politisches Engagement hinaus.



SPD – Rathaustelegramm

SPD fordert: Wohnungspolitik muss sozial bleiben

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des menschlichen Lebens. Kommunalpolitik hat in diesem Sinne dafür Sorge zu tragen, dass die vorhandenen und aus dem Marktgeschehen heraus immer wieder neu entstehenden Ungleichheiten und Defizite in der Wohnungsversorgung gezielt abgebaut werden. In einer Stadt wie Erlangen, mit einem sehr großen Einkommensgefälle ist darüber hinaus auch dem Aspekt der sozialen Balance und Integration besonderes Gewicht beizumessen, d.h. es ist dafür zu sorgen, dass genügend preiswerter und angemessen ausgestatteter und gestalteter Wohnraum für finanziell weniger gut gestellte BürgerInnen zur Verfügung steht.

Die Gewobau als städtisches Wohnungsunternehmen, die den weitaus größten Teil der Erlanger Sozialwohnungen hält bzw. bereitstellt, ist dabei das wichtigste Instrument. Alle Maßnahmen, die von dort aus unternommen werden, haben wesentlichen Einfluss auf die Struktur nicht nur des Wohnungsmarktes sondern des Sozialgefüges unserer Stadt.

Die großen Neubaumaßnahmen der 80er und 90er Jahre, der Erwerb der ehemaligen Housing-Area, das Siedlungsmodell im Rötelheimpark, die Angersanierung sowie die Sanierung Ost waren bzw. sind richtige Schritte zur Erfüllung dieser „ständigen Aufgabe“. Hier leistete und leistet die Gewobau hervorragende Arbeit.

Es ist zu begrüßen, dass in der vorliegenden Portfoliostrategie erstmals eine Gesamtschau des Wohnungsbestandes vorgenommen und Etappenziele für das weitere Vorgehen benannt werden. Wegen der weitreichenden Konsequenzen für die betroffenen MieterInnen sowie das Sozialgefüge in den einzelnen Stadtteilen, muss diese mit aller gebotenen Sorgfalt und Zeit nicht nur im Aufsichtsrat der Gewobau, sondern auch in den Fachausschüssen des Stadtrates und im Stadtrat bearbeitet werden. Die Stadt Erlangen muss sich ihrer Gesamtverantwortung hinsichtlich einer sozial integrativen Wohnungspolitik stellen, das gilt angesichts

der unzureichenden Eigenkapitalausstattung auch in finanzieller Hinsicht.

Wir stellen dazu folgende Anträge:

Es wird sichergestellt, dass die Portfoliostrategie unter Berücksichtigung des Wohnungsberichtes 2003 auch im SGA, im Jugendhilfeausschuss, im HFGA und im STR behandelt wird.

Anstelle des vorgesehenen Verkaufs bzw. der Umnutzung sind Strategien zu entwickeln, wie unter Einbeziehung der betroffenen MieterInnen ein Verbesserung der Wohnquartiere erreicht werden kann. Eine Reduzierung des Angebotes von über 300 preisgünstiger Wohnungen ist unter Verweis auf den sich im Wohnungsbericht 2003 zunehmenden Bedarf, bzw. die sich abzeichnende Mangelentwicklung nicht zu vertreten. Zur Vorbereitung von Maßnahmen gerade in diesem Abschnitt der Portfoliostrategie schlagen wir die Bildung einer Projektgruppe – bestehend aus Vertretern der Gewobau, der zuständigen Fachämter und der Fraktionen – vor. In dieser PG sollen sowohl eine soziale Folgeabschätzung vorgenommen, als auch Vorschläge erarbeitet werden, wie die Notwendigkeit der sozialen Balance in unserer Stadt und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gewobau integriert werden können.

Das Ziel, auch künftig im benötigten Umfang neue Sozialwohnungen zu errichten, muss weiter verfolgt werden. Hier ist in Zusammenarbeit von Verwaltung und Gewobau zügig eine genaue Bedarfsanalyse vorzunehmen und dem STR vorzulegen. Die in der Portfoliostrategie vorgenommenen Einschätzung, der Markt sei gesättigt, steht im mehr

als deutlichen Widerspruch zu den Tendenzen, die sich im Wohnungsbericht 2003 abzeichnen.

Künftige Sanierungs- und Neubaumaßnahmen müssen sich an der demografischen Entwicklung, am „Kriterienkatalog für das frauen-, familien-, kinder-, senioren- und behindertengerechte Wohnen unter Berücksichtigung ökologischer Belange“, sowie an den besonderen Bedürfnislagen psychisch behinderter und kranker Menschen orientieren.

Wie bisher sind auch bei künftigen Maßnahmen die betroffenen MieterInnen rechtzeitig zu beteiligen und den MieterInnenbeirat zu informieren. Dies gilt nicht nur für den künftigen Standard, sondern vor allem hinsichtlich des Mietpreises. Unerlässlich ist es ebenso, bei Abschluss von neuen Mietverträgen über künftige Maßnahmen und deren Folgen zu informieren.

Mit Hartz IV und den Folgen für die Betroffenen kommen auf die Stadt neue Anforderungen zu. Voraussichtlich wird in den nächsten 1-2 Jahren gezwungenermaßen verstärkt billigerer Wohnraum von den HilfeempfängerInnen nachgefragt werden. Diese Entwicklung ist unbedingt zu berücksichtigen, d.h. es sollten keine Entscheidungen getroffen werden zur Reduzierung von Wohnraum, bevor wir die Folgen aus Hartz IV nicht genau abschätzen können. Hier sind Konzepte zu entwickeln, wie wir diese BürgerInnen auch künftig mit würdigem, aber dennoch bezahlbarem Wohnraum versorgen können. Langzeitarbeitslosigkeit darf nicht dazu führen, dass noch mehr Menschen durch den Zwang, ihre bisherige Wohnung aufgeben zu müssen, weiter ausgegrenzt werden.

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Telefon 09131-862225

Fax 09131-862181

Mail spd@erlangen.de

Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.

Verantwortlich: Gisela Niclas

Redaktionelle Gestaltung: Christian Pech



Aktion Courage Erlangen

**für Toleranz und Demokratie
NEIN zu Gewalt und Rassismus**

Erlangen, im September 2004

Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit

In unserer Stadt leben Menschen aus allen Kulturkreisen und allen Kontinenten. In Vereinen, Parteien, Institutionen, im Stadtteil oder im Betrieb leben und arbeiten wir gemeinsam und profitieren von der Vielfalt der Kulturen.

Gemeinsame Anstrengungen von Parteien, der Politik, der Wirtschaft und der Gewerkschaften haben in Erlangen erreicht, dass die Zahl der Menschen, die arm sind oder an der Armutsgrenze leben, im Vergleich zu anderen Regionen gering ist. Diese Anstrengungen wollen wir gemeinsam verstärken.

Alle Menschen, gleich welcher Hautfarbe, Weltanschauung oder sozialer Herkunft sollen in Erlangen in einem Klima der Toleranz und Solidarität leben können. Frei von der Angst, wegen ihrer Person benachteiligt oder gar bedroht zu werden.

Unter der Tarnadresse, der Anwalt der kleinen Leute zu sein, ziehen alte und neue Nazis durch das Land und verkaufen sich als das soziale Gewissen.

Sie polemisieren gegen Hartz IV, Euro-Preiserhöhungen und Reallohnverluste.

Aber die Lösung der Probleme ist für sie nicht die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen, die in unserem Land arm sind oder an der Armutsgrenze leben.

Sie haben keine Lösung für die heutigen Probleme in unserem Land und keine zukunftssträchtige Perspektive.

Sie wechseln manchmal die Verkleidung. Aber ihre Ziele bleiben die von gestern !